

### **ausformulierte Lösung zu Fall 3**

#### A. Anspruch der C gegen A auf Zahlung von 1.000,-€ aus § 311 I BGB

C könnte gegen A einen Anspruch auf Zahlung von 1.000,-€ aus § 311 I BGB haben.

#### I. Anspruch entstanden

Dazu müsste ein wirksamer „Catering-Vertrag“ geschlossen worden sein.

Der „Catering-Vertrag“ ist kein ausdrücklich im BGB geregelter Vertragstyp. Er enthält jedoch Elemente aus verschiedenen im BGB geregelten Vertragsarten, wie dem Kauf-(§ 433 BGB), Werk-(§631 BGB), Werklieferungs-(§651 BGB) sowie Dienstvertrag (§611 BGB). Es handelt sich somit um einen gemischten Vertrag gemäß § 311 I BGB, bei dem die Parteien, auf Grund der Vertragsfreiheit, den Inhalt frei bestimmen und auch unterschiedliche Vertragsarten kombinieren können.

Wie jeder Vertrag, kommt auch ein gemischter Vertrag durch zwei sich entsprechende Willenserklärungen, Angebot und Annahme, zustande.

Eine Willenserklärung ist eine willentliche Äußerung im Rechtsverkehr, die auf die Herbeiführung einer bestimmten Rechtsfolge gerichtet ist.

#### 1. Angebot

A könnte mit dem Anruf bei C ein Angebot abgegeben haben.

Ein Angebot ist eine Willenserklärung, durch die einem anderen der Vertragsschluss derart angetragen wird, dass der Vertrag durch ein schlichtes „ja“ zustande kommen kann.

In dem Anruf bei C könnte ein Angebot liegen. Allerdings hat A nicht selbst angerufen und somit nicht persönlich gehandelt.

#### a) Stellvertretung

A könnte aber durch D vertreten worden sein.

Die Stellvertretung ist das rechtsgeschäftliche Handeln des Vertreters im Namen und mit unmittelbarer Wirkung für und gegen den Vertretenen.

Für eine wirksame Stellvertretung gemäß § 164 I BGB muss ein Rechtsgeschäft vorliegen, bei dem die Stellvertretung zulässig ist und der Vertreter muss eine eigene Willenserklärung im Namen des Vertretenen mit Vertretungsmacht abgeben haben, die dann Wirkung für und gegen den Vertretenen (sog. Aktivvertretung) entfaltet.

#### aa) Rechtsgeschäft

Zunächst müsste ein Rechtsgeschäft vorliegen.

Ein Rechtsgeschäft besteht aus einer oder mehrerer Willenserklärungen, die darauf gerichtet sind eine von den Parteien gewollten Rechtsfolge herbeizuführen.

Hier soll ein gemischter Vertrag gemäß § 311 I BGB geschlossen werden. Dabei handelt es sich um ein Rechtsgeschäft.

#### bb) Zulässigkeit

Die Stellvertretung müsste zulässig sein.

Eine Stellvertretung ist bei höchstpersönlichen Geschäften wie der Ehe oder der Errichtung eines Testaments ausgeschlossen.

Vorliegend soll ein Vertrag geschlossen werden. Die Stellvertretung ist somit zulässig.

#### cc) eigene Willenserklärung des Vertreters

D müsste als Vertreter eine eigene Willenserklärung abgegeben haben.

Eine eigene Willenserklärung gibt ab, wer hinsichtlich der Rechtsfolge und der Ausgestaltung der Erklärung einen eigenen Willen bilden kann. Der Vertreter muss ein gewisses Maß an Entscheidungsfreiheit über das „ob“ und „wie“ des Geschäftsabschlusses haben.

D konnte die konkrete Auswahl des Catering-Unternehmen selbständig vornehmen. Auch war D für die Menüauswahl alleine zuständig und nicht an Vorgaben von A gebunden.

D hat C also nicht die Willenserklärung von A überbracht sondern seinen eigenen Willen.

Eine eigene Willenserklärung des Vertreters D liegt vor.

#### dd) im Namen des Vertretenen

Die Willenserklärung muss offenkundig im Namen des Vertretenen erklärt werden.

D bestellt ausdrücklich im Namen der A. Für C ist es somit ersichtlich, dass D im Namen von A handelt.

#### ee) Vertretungsmacht

D müsste mit und im Rahmen Vertretungsmacht gehandelt haben.

A könnte D eine Vollmacht erteilt haben.

Eine Vollmacht ist gemäß § 166 II 1 BGB eine durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht. Die Erteilung der Vollmacht ist eine einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung, die gegenüber dem Vertreter als Innenvollmacht, § 167 I 1. Alt. BGB oder gegenüber dem Dritten als Außenvollmacht, § 167 I 2. Alt. BGB erklärt werden kann.

D ist bei A angestellt und für die Organisation von Firmenfesten zuständig. A hat D also eine Innenvollmacht gemäß § 167 I 1. Alt. BGB erteilt. D hat auch im Rahmen dieser Vollmacht gehandelt und die Grenzen nicht überschritten.

Es liegt eine wirksame Stellvertretung von A durch D vor. A ist aktivvertreten und die Willenserklärung des D wirkt für und gegen A.

## b) Inhalt des Angebots

Fraglich ist jedoch mit welchem Inhalt die Erklärung des D wirkt.

### aa) objektiver Tatbestand

Der äußere Tatbestand einer Willenserklärung richtet sich gemäß §§ 133, 157 BGB nach dem objektiven Empfängerhorizont. Die Willenserklärung ist mit dem Inhalt wirksam, wie sie ein objektiver Empfänger hätte verstehen dürfen.

D hat am Telefon gegenüber C gesagt, dass das Weihnachtsfest am 15.12.2012 stattfinden soll und er das Rundum-Sorglos-Paket für diesen Tag bestellt. Ein objektiver Empfänger hätte die Aussage so verstanden, dass C auch am 15.12.2012 die Feier ausrichten soll.

Objektiv ist die Erklärung mit dem Datum des 15.12.2012 abgegeben worden.

### bb) subjektiver Tatbestand

Der innere Tatbestand einer Willenserklärung setzt sich grundsätzlich aus dem Handlungsbewusstsein, dem Erklärungsbewusstsein und dem Geschäftswille zusammen.

Für das Handlungsbewusstsein muss der Erklärende eine willensgesteuerte Handlung vornehmen. D äußert sich willentlich gegenüber C. Das Handlungsbewusstsein liegt vor.

Erklärungsbewusstsein liegt vor, wenn sich der Erklärende bewusst ist irgendeine Rechtsfolge herbeizuführen. D war sich bewusst, dass er mit seiner Aussage rechtserheblich tätig wird.

Geschäftswille besteht, wenn der Erklärende die konkrete Rechtsfolge herbeiführen will. D wollte den Vertrag für den 19.12.2013 und nicht für den 15.12.2013 abschließen. Er wollte die konkrete Folge somit nicht herbeiführen. D handelte ohne Geschäftswille. Der Geschäftswille ist jedoch kein notwendiger Bestandteil einer Willenserklärung, so dass sein Fehlen sich nicht auf das Bestehen der Erklärung des D auswirkt.

D hat die Willenserklärung somit wirksam mit dem Inhalt abgegeben, dass der Tag der Feier der 15.12.2013 sein soll.

A hat, vertreten durch D, ein wirksames Angebot für den 15.12.2013 abgegeben.

## 2. Annahme

C müsste das Angebot angenommen haben.

Die Annahme ist die vorbehaltlose Zustimmung zu einem unterbreiteten Angebot. Unter Anwesenden muss ein Angebot unverzüglich angenommen werden.

C hat sich die Daten von D notiert und versprochen an dem genannten Datum zu liefern. Darin ist die vorbehaltlose Annahme des unterbreiteten Angebots zu sehen. C erklärt die Annahme zwar gegenüber D und nicht persönlich gegenüber A, aber diese wird durch D passiv vertreten gemäß § 164 III BGB, so dass die Annahme auch gegenüber A erklärt wurde.

Eine Annahme durch C liegt vor.

Zwischen A und C liegt zunächst ein wirksamer Cateringvertrag gemäß § 311 BGB vor.

Einen Anspruch auf Zahlung von 1.000€ gemäß § 311 I BGB von C gegen A ist zunächst entstanden.

## II. Anspruch erloschen

Der Anspruch von C gegen A auf Zahlung könnte jedoch aufgrund der Anfechtung von A gemäß § 142 I BGB von Anfang an nichtig sein.

### 1. Anfechtungsgrund

Es müsste ein Anfechtungsgrund gegeben sein.

Der Anfechtungsgrund könnte in einem Erklärungsirrtum gemäß § 119 I 2. Alt. BGB zu sehen sein.

Bei einem Erklärungsirrtum möchte der Erklärende etwas erklären und weiß auch, dass diesem eine bestimmte Bedeutung zukommt, er erklärt jedoch versehentlich etwas anderes.

D möchte das für die Lieferung relevante Datum erklären und weiß auch, dass der Vertrag dann für diesen Tag zustande kommt. Allerdings wollte er den 19.12.2013 erklären, erklärte aber tatsächlich aus Versehen den 15.12.2013. Er hat also versehentlich etwas anderes erklärt als gewollt. Ein Erklärungsirrtum liegt vor.

Allerdings könnte der Anfechtung hier entgegenstehen, dass der Irrtum nicht in der Person der A vorliegt sondern sich ihr Vertreter D irrt.

Gemäß dem Repräsentationsprinzip in § 166 I BGB kann jedoch der Vertretene, hier A, anfechten, wenn der Vertreter sich irrt. A kann also anfechten, wenn sich wie hier, ihr Vertreter D irrt.

Der Erklärungsirrtum des D ist somit ein wirksamer Anfechtungsgrund für A.

### 2. Anfechtungserklärung

A müsste die Anfechtung gemäß § 143 BGB wirksam erklärt haben.

Die Anfechtungserklärung muss gegenüber dem richtigen Anfechtungsgegner erklärt werden, § 143 I BGB. Bei einem Vertrag ist der richtige Anfechtungsgegner der Vertragspartner, § 143 II BGB.

C als Vertragspartner ist hier der richtige Anfechtungsgegner. A hat sich geweigert die Feier spontan am 15.12.2013 auszurichten. Darin ist zumindest eine konkludente Erklärung der Anfechtung gegenüber C zu sehen. Eine Anfechtungserklärung ist gegeben.

### 3. kein Ausschluss

Die Anfechtung darf nicht ausgeschlossen sein. Ausgeschlossen wäre sie, wenn die Anfechtungsfrist nicht eingehalten worden wäre.

Bei einem Erklärungsirrtum gemäß § 119 I Alt. 2 BGB muss die Anfechtung gemäß § 121 I BGB unverzüglich ab Erlangung der Kenntnis von dem Anfechtungsgrund erklärt werden. Unverzüglich bedeutet ohne schuldhaftes Zögern. (§ 121 I BGB)

A hat sofort nachdem C bei ihr war und mit den Vorbereitungen für die Feier beginnen wollte die Anfechtung erklärt, indem sie sich geweigert hat, die Weihnachtsfeier schon am 15.12.2013 zu veranstalten. A hat ohne schuldhaftes Zögern und somit unverzüglich nachdem sie von dem Irrtum Kenntnis hatte die Anfechtung erklärt. Die Anfechtungsfrist ist gewahrt. Es liegt kein Ausschlussgrund vor.

A hat ihre Willenserklärung wirksam angefochten, so dass diese gemäß § 142 I BGB rückwirkend nichtig ist. Der Cateringvertrag ist somit auch rückwirkend nichtig.

C hat gegenüber A deshalb keinen Anspruch auf Zahlung von 1.000€ gemäß § 311 I BGB.

### B. Anspruch der C gegen A auf Schadensersatz aus § 122 I BGB

C könnte gegen A einen Anspruch auf Schadensersatz gemäß § 122 I BGB haben.

#### I. Willenserklärung nach § 119 BGB nichtig

Dazu müsste die Willenserklärung gemäß § 118 BGB nichtig oder gemäß §§ 119, 120 BGB wirksam angefochten sein.

Wie bereits oben schon geprüft hat A ihre Willenserklärung wegen eines Erklärungsirrtums wirksam angefochten.

#### II. Vertrauen des Anfechtungsgegners

C müsste auf die Gültigkeit der Erklärung von A vertraut haben.

Der Anfechtungsgegner muss auf die Gültigkeit der Willenserklärung vertraut haben. Dies ist dann der Fall, wenn der Anfechtungsgegner den Anfechtungsgrund weder kannte, also keinen Vorsatz hatte, noch kennen musste, also den Anfechtungsgrund auch nicht infolge von Fahrlässigkeit nicht kannte (§ 122 II BGB).

C hat den Versprecher des D nicht bemerkt und kannte deshalb den Irrtum nicht. Auch hätte C nicht erkennen müssen, dass D sich versprochen hat. Es ist nicht auszuschließen, dass am 15.12.2013 in einem Unternehmen eine Weihnachtsfeier gefeiert wird.

C durfte also auf die Erklärung der A vertrauen.

#### III. Schadensersatz

C kann somit gemäß § 122 BGB Schadensersatz verlangen.

Der Schadensersatz ist dabei auf Ersatz des negativen Interesses gerichtet. Dabei wird der Vertrauensschaden ersetzt und der andere ist so zu stellen, wie er ohne die betreffende

Erklärung stehen würde, also wie wenn von dem Geschäft nie die Rede gewesen und dieses somit nicht zu Stande gekommen wäre.

Hier sind die Aufwendungen, die C bezüglich des Vertrags getätigt hat und die nun nutzlos sind ersatzfähig. C hat im Vertrauen auf das Bestehen des Vertrags Aufwendungen in Höhe von 400€ für Zutaten, Personal, Lieferung usw. getätigt, die vergeblich waren. Wäre nie von dem Vertrag die Rede gewesen, hätte C die Aufwendungen in Höhe von 400€ nicht getätigt. Der zu ersetzende Vertrauensschaden beträgt somit 400 €.

Der Vertrauensschaden könnte jedoch der Höhe nach durch das positive Interesse, dem Erfüllungsinteresse, gedeckelt sein. Dies sind die Nachteile, die bei Nichterfüllung des Vertrags durch das Nichtzustandekommen eines möglichen anderen Geschäfts entstehen.

C hätte bei einer Durchführung des Vertrages einen Gewinn von 600 € erwirtschaftet. Durch den Ersatz der Aufwendungen in Höhe von 400 € steht C also nicht besser, als sie es bei Vertragsdurchführung hätte. Deshalb muss keine Deckelung ihres Schadenersatzanspruchs vorgenommen werden.

C hat gegen A einen Schadenersatzanspruch gemäß § 122 I BGB in Höhe von 400 €.